

Rainer Häusler/Martin Häusler

## Im Westen gehen die Lichter aus

*Die Finanzlage in den nordrhein-westfälischen Städten ist desaströs. Doch gegen die Milliardenschulden ist nicht mehr anzukommen – weil man aus der Hauptstadt fremdverwaltet wird. Ignoriert Berlin weiter das Städteterben im Westen, ruft man die Radikalen auf den Plan und riskiert soziale Unruhen. Unsere Autoren haben im »Europa Verlag« die Streitschrift »Deutschland stirbt im Westen« veröffentlicht. Darin skizzieren sie einen 11-Punkte-Rettungsplan.*

### Rainer Häusler

(\* 1974) ist Journalist und Buchautor, lebt in Hamburg. Buchveröffentlichungen neben »Deutschland stirbt im Westen« u.a.: »Die wahren Visionäre unserer Zeit«, »Fürchtet euch nicht! Die Vertreibung der deutschen Angst«.

rainer.hausler@telelev.net



### Martin Häusler

(\* 1948) ist Kämmerer und Beigeordneter für Organisation der Stadt Leverkusen und Allgemeiner Vertreter des Oberbürgermeisters, etwa beim Deutschen Städtetag.

hausler@extratexture.de



NRW. Vom »Aufbau West« war die Rede. Verlässlich gefolgt von einem Aufschrei im Osten. Und dann war nur noch Schweigen.

Doch die Zeit, in der die Wunden der kommunalen Schuldenkrise in Deutschlands Westen und vor allem deren Ursachen zum nationalen Tabu erklärt werden, muss vorbei sein. Denn bei dem Rettungspakt, den wir schnüren müssen, geht es nicht darum, Ost und West gegeneinander auszuspielen. Es geht um Gerechtigkeit und darum, die Basis dieser Republik stabil zu halten. Denn der Staat findet in der Stadt statt.

### Staatliche Fremdverwaltung statt kommunaler Selbstverwaltung

Wenn nur acht der 427 NRW-Kommunen einen ausgeglichenen Haushalt zustande bekommen, wenn Jahr für Jahr 2,4 Milliarden Euro zusätzliche Schulden auf ihren bestehenden 60 Milliarden Euro Schuldenberg gepackt werden müssen, dann kann das unmöglich Konsequenz kollektiver Misswirtschaft sein, dann ist etwas falsch im System. Die Hauptverursacher für das Ausbluten der Heimat von knapp 18 Millionen Nordrhein-Westfalen sitzen in Berlin. Sie sitzen auch in Düsseldorf. Und sie sitzen in Brüssel. Denn inzwischen werden 90 % der kommunalen Aufgaben durch Bund, Land und EU vorgegeben. Nur 10 % erfolgen im Sinne der Eigenverantwortlichkeit. Die ist eigentlich im Grund-

Um zu verstehen, wie dringlich die Probleme sind, muss man vor Ort gehen – beispielsweise nach Duisburg, Dortmund oder Wuppertal. Dort gerät man in Stadtviertel, die wirken, als seien sie dem freien Verfall und dem Gesetz der Straße überlassen, man begegnet Menschen, die jede Hoffnung verloren haben, dass noch einmal ein Ruck durch ihre Heimat geht, man trifft auf Parallelgesellschaften, die sich längst nicht mehr zugehörig fühlen. Solche direkten Konfrontationen haben selbst bei Politikern immer für Erschütterung gesorgt. Damals bei Minister Manfred Stolpe, vor ein paar Jahren bei der Bundeskanzlerin Angela Merkel, vor wenigen Monaten bei Bundespräsident Joachim Gauck. »Jetzt ist der Westen dran«, hieß es dann jedes Mal am Rande ihrer Dienstreisen durch

gesetz festgeschrieben, Artikel 28, Absatz 2. Von der »kommunalen Selbstverwaltung« ist da die Rede. Im gleichen Absatz wird sie allerdings durch eine verhängnisvolle Formulierung pulverisiert: Das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln, gelte nur »im Rahmen der Gesetze«. Das führte in den letzten Jahrzehnten immer stärker dazu, dass die kommunale Selbstverwaltung einer staatlichen Fremdverwaltung weichen musste. Diese Wahrheit ist den Bürgern unserer Städte nahezu unbekannt.

Den Städten aber über Bundes-, Landes- und EU-Gesetze immer mehr Kosten zuzuweisen und ihnen gleichzeitig durch steuerentlastende Gesetze deren Finanzierungsgrundlage zu entziehen, dieser Mechanismus kann nicht gutgehen. Konkret: Während in den letzten vier Jahren 14 Gesetze im Deutschen Bundestag beschlossen wurden, die den Kommunen knapp 13 Milliarden Euro weniger Einnahmen bescherten, wurden zeitgleich teure Leistungsgesetze beschlossen, ohne dass in den Städten eine finanzielle Deckung gegeben wäre. Klassisches Beispiel dafür ist das Gesetz zur Versorgung der unter Drei-Jährigen mit einem Kita-Platz. So stiegen in Leverkusen die Soziallasten zwischen 2001 bis 2010 von knapp 60 Millionen Euro auf über 90 Millionen – bei etwa gleichbleibenden Steuern von 184 Millionen. Diesen Spagat schafft keiner.

Trotz des (unzureichenden) finanziellen Entgegenkommens, das inzwischen von Bund und Land gezeigt wird, führt der fatale Mechanismus notgedrungen dazu, dass die Städte dem wachsenden Schuldenberg mit Sparmaßnahmen entgegen-treten, die das Leben in den Vierteln trister machen, und doch kaum etwas bringen. Für Leverkusen – wie für 136 andere NRW-Kommunen, unter Nothaushalt stehenden Städten – heißt das: Abbau von 600 Verwaltungsstellen in 18 Jahren (spart 30 Millionen Euro pro Jahr), Streichung von frei-

willigen Leistungen in Sport und Kultur in den letzten sechs Jahren (spart 20 Millionen), Tilgung von 40 Millionen Euro Investitionsdarlehen. Dazu: Schließung von Außenstellen der Verwaltung, einem Bürgerbüro, drei Bädern, der Stadtgärtnerei, Einstellung des Bücherbusses, Zusammenlegung von Schulbibliotheken, Ausdünnung des Busliniennetzes. Es wird gekürzt, abgebaut und gestrichen, und trotzdem ist kein Land in Sicht. Durch die Fremdbestimmung sitzen die Städte in einer Vergeblichkeitsfalle.

Diese Tatsachen sind längst keine Kleinigkeiten mehr. Sie gehören auf der politischen Agenda ganz nach oben. Sie gehören in eine Sondersitzung des Bundestages. Sie sollten 2013 Wahlkampfthema werden. Und damit endlich Fakten geschaffen werden, braucht es einen konkreten Rettungsplan. Darin müsste über eine Änderung des Grundgesetzes die Abhängigkeit von Berlin gelockert und als erste Maßnahme der Solidarpakt Ost aufgekündigt und eingetauscht werden gegen ein generelles »Notopfer Stadt«. Das würde Hilfen nach Bedürftigkeit verteilen und nicht mehr nach Himmelsrichtung.

Aber was ist mit den Menschen selbst? Lassen sich die Nordrhein-Westfalen noch zu viel gefallen? Verstehen sie den Ernst der Lage nicht? Drücken die globalen wie lokalen Probleme noch zu wenig auf Portemonnaie und Seele? In Leverkusen wurde aufgrund der Schuldenlage die Grundsteuer, für die jeder Bürger – ob Mieter oder Eigentümer – aufkommen muss, von 2010 auf 2011 um 18 % erhöht. Eigentlich eine spürbare Belastung. Der große Aufschrei blieb aus. Warum?

### **Weit weg scheint der Westen**

Große und dauerhaft organisierte Menschenmassen haben im Falle der bundesdeutschen Atompolitik gezeigt, was das Volk auch jenseits der Wahltermine ver-

ändern kann. Legt Berlin nicht seine Ignoranz und Arroganz gegenüber den Städten und Gemeinden ab, lässt sich also das Problem der finanziellen Entlastung nicht über Debatten am grünen Tisch regeln, kann die Notwendigkeit einer nachhaltigen Kommunalpolitik nur von denen eingefordert werden, die unmittelbar darunter leiden – von den Bürgern selbst. Insofern wären konzertierte, miteinander koordinierte und regelmäßig stattfindende landesweite Großdemonstrationen in sämtlichen NRW-Metropolen ein Anfang.

Selbst Frankfurts langjährige CDU-Oberbürgermeisterin Petra Roth hält eine Rebellion nicht mehr für ausgeschlossen. In ihrem Buch *Aufstand der Städte* von 2011 beschreibt sie die Lage als kritisch. Und als Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, kurz vor Weihnachten 2011 den neuen Armutsbericht vorstellte, deklarierte er das Ruhrgebiet mit seinen überdurchschnittlich vielen Arbeitslosen, Hartz-IV-Empfängern und Niedriglohnarbeitern zum »Problemgebiet Nummer eins« in Deutschland. »Wenn dieser Kessel mit über fünf Millionen Menschen ans Kochen gerät«, sagte er, »wird es schwerfallen, ihn wieder abzukühlen.«

Schon in den 60er Jahren, während des Arbeitskampfes der Kohlekumpel, galt das Ruhrgebiet den Bonner Politikern als gefährlicher Brennpunkt. »Das Revier will leben!«, hieß 1966 der Slogan eines Massenprotestes in der Dortmunder Westfalenhalle. Viele Tausende gingen damals gegen die Stilllegungen der Zechen und ausbleibende Lohnerhöhungen auf die Barrikaden. »Wenn es an der Ruhr brennt, gibt es im Rhein nicht genug Wasser, das Feuer zu löschen«, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel damals. Und Helmut Schmidt sah 1967 in den Unruhen des in der Kohlekrise steckenden Ruhrpotts gar eine »kardinale Gefährdung der innenpolitischen Gesamtsituation«. Dass im Herzen Nordrhein-Westfalens wieder eine brei-

te Protestbewegung heranwachsen könnte, von solch einer Befürchtung hat man in Berlin bisher nichts gehört. Weit weg scheint der Westen.

### Freier Fall einer ganzen Region

Dabei lässt sich der Niedergang der Städte in Nordrhein-Westfalen in Zahlen dokumentieren. Aber hinter diesen Zahlen und Analysen stehen Schicksale, die man nur aus der Nähe begreift. Menschen, die in ihrem Leben Großes geleistet und hart für ihr Glück gearbeitet haben, sehen den Boden unter ihren Füßen schwinden. Mit ihrer Stadt, ihrem Viertel, ihrer Nachbarschaft, ihren Freunden verlieren sie einen wichtigen Ankerplatz in einer ohnehin turbulenten Zeit.

Der freie Fall einer ganzen Region ist nicht mehr durch eine einzige Idee, nicht mehr durch eine einzige Strategie, nicht mehr durch einen einzigen finanziellen Rettungsschirm aufzuhalten. Inzwischen braucht es ein Bündel an Maßnahmen, um die Probleme in NRW in den Griff zu bekommen, denn wie man gesehen hat, haben wir es nicht einfach mit einer verschwenderischen Investitionspolitik zu tun, die die Städte in die Schulden getrieben hätte. Es liegen massive strukturelle Defizite unter all den gigantisch klingenden Zahlen. Sie stecken im Wandel der Wirtschaftsstruktur, im Gesetzgebungsverfahren, in der Abgrenzung der Zuständigkeiten und im Verteilungsmechanismus des Geldes. Diese Defizite müssen ganz woanders behoben werden als in den Städten selbst. Und genau deshalb werden sich die Städte in Nordrhein-Westfalen möglicherweise irgendwann weigern, sich noch länger tot zu sparen. Und möglicherweise werden dann irgendwann auch die Tausenden Ehrenämter sagen, dass sie so nicht mehr weiterhelfen wollen.

Solange sich bis dahin in Berlin nichts tut und man in den Kommunen nicht

mehr mit dem Bewusstsein einer neuen Bescheidenheit weiterkommen, wird es auch und gerade an den Menschen in den Städten liegen, einen Druck zu entfachen, der weitaus stärker ist als der protestierender Oberbürgermeister und bücherschreibender Kämmerer. Die Leute gingen auf die Straßen und Plätze ihrer zerfallenen Städte, sie würden vorbeiziehen an den geschlossenen Jugendtreffs, den verlassenen Ladenlokalen, an den dreckigen Quartieren, an den Wohnungen der vereinsamten Rentner, an den Plätzen, wo inzwischen die Neonazis das Regiment führen, und könnten dabei den Slogan auf ihre Schilder schreiben, der die Occupy-Bewegung so populär gemacht hat: »We are the 99%!« Folgende 11 Punkte müssten nach unserer Auffassung umgesetzt werden, damit der Westen Deutschlands gerettet werden kann:

Wer Gesetze beschließt, muss für ihre Finanzierung sorgen! Wer per Gesetz für

Steuerausfälle sorgt, muss diese kompensieren! Der Bund muss die Soziallasten übernehmen! Der Ost-Soli muss durch ein allgemeines »Notopfer Stadt« ersetzt werden! Der Länderfinanzausgleich muss neu justiert werden! Eine dritte Föderalismusreform muss den Kommunen mehr eigene Führung bringen! Die Länder müssen reduziert und neu gegliedert werden! Bescheidenheit und Verzicht müssen die eigenen Ansprüche regulieren! Investitionen müssen zuerst darauf untersucht werden, was sie dem Bürger nutzen! Die Bürger müssen sich als Teil des Stadtsystems verstehen und sich engagieren! Die Bürger müssen für den Erhalt von Heimat kämpfen und friedlich auf die Straße gehen!

Bei all diesen Punkten geht es nicht nur darum, Schulden auszugleichen. Es geht vor allem darum, das zu konservieren, was jedem Menschen zusteht – seine Heimat. ■

*Susanne Wolkenhauer*

## »Hier fühl ich mich wohl, hier lebe ich!«

### Der Kiez als Heimat

*Mit dem Programm »Soziale Stadt« versuchen Bund und Länder seit 1999 Problembezirke lebenswerter zu gestalten und die Chancen der dort Lebenden zu verbessern. Was hat sich seitdem getan? Welche Herausforderungen gilt es noch zu meistern?*

»**N**a, Frau Nachbarin, wie geht's denn so?« – Sabine S. ist auf dem Weg von der Bushaltestelle nach Hause, mit kurzem Stopp am Eck-Kiosk. Bei Brathühnchen- und Dönerduft tauscht sie ein paar Worte mit Mehmet, der am Grill steht. Dann geht's weiter zum Bäcker, der bei ihrem Anblick gleich die täglichen fünf Brötchen in die Papiertüte steckt. Schließlich, nach einem kurzen Plausch mit der Nachbarin, steigt sie die Treppen hoch ins traute Heim.



**Susanne Wolkenhauer**

arbeitet als freie Journalistin in Berlin, unter anderem seit mehr als zehn Jahren zum Themenbereich »Quartiersmanagement/Quartiersentwicklung«.

wolkenhauer@tulip-photo.de

So richtig groß ist ihre Wohnung nicht, auch nicht wirklich hell, und einen Balkon